



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat.“

1. Mai-Kundgebung

Ingolstadt, am Paradeplatz

1. Mai 2010

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist unser Tag.

Es ist der Tag der Menschen, die Tag für Tag den Wohlstand dieses Landes erarbeiten.

Er ist der Tag der Menschen, die in den Betrieben hervorragende Produkte herstellen und gute Dienstleistungen erbringen.

Und es ist der Tag derjenigen, die auf unsere Solidarität angewiesen sind.

Die ihren Job verloren haben, weil skrupellose Zocker an den Börsen die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrundes gedrängt haben.

Es ist der Tag derjenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und aufgrund einer falschen Politik der letzten Jahre immer weniger Rente bekommen.

Und von dieser Rente in Zukunft noch mehr für die Krankenkasse zahlen sollen, weil die FDP ihre Klientel mit der Kopfpauschale bedienen will!

Wir haben die Nase voll von einer ideologischen Politik, die die Interessen der Menschen missachtet.

Die Menschen sind wichtiger als die Renditeerwartungen von Finanzinvestoren!

Die Menschen sind wichtiger als die Kassenlage der FDP.

Wer – wie Westerwelle – Hoteliers Steuergeschenke gibt, nachdem diese vorher eifrig gespendet haben und gleichzeitig Hartz IV – Empfängern spätrömische Dekadenz vorwirft, der hat jeden Anstand verloren.

Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen!

Kolleginnen und Kollegen,

so lange die FDP in Berlin mitregiert, werden wir auf wichtigen Politikfeldern keinen Kurswechsel erleben.

Eine Politik, die meint, alles dem Markt überlassen zu können und staatliche Eingriffe verdammt, eine solche Politik führt in die Irre.

Jedenfalls für die Mehrheit der Menschen.

Einige wenige mögen davon profitieren.

Aber die Bundesregierung darf kein Wächterrat der Besserverdienenden sein.

Schluss mit einer Politik für Banken, Spekulanten und Abzocker der Gesellschaft.

Kolleginnen und Kollegen,

Die Gewerkschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute haben seit Beginn der Wirtschaftskrise hunderttausende Arbeitsplätze gesichert.

Umweltprämie, Konjunkturprogramme und die verbesserte Kurzarbeit gehen im Wesentlichen auf unser Konto.

Mit unseren Tarifabschlüssen in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst und in der Chemieindustrie haben wir gezeigt:

Wir gestalten gute Tarifpolitik!

Wir sichern Arbeit und Einkommen!

Wir tun etwas für die junge Generation!

Mit den Übernahmevereinbarungen, die ver.di und IG Metall erreicht haben.

Mit der Ausbildungsvereinbarung der IG BCE, die 9000 Ausbildungsplätze in der chemischen Industrie sichert, wurde großes geleistet.

All das zeigt:

Gewerkschaften haben entschlossen gehandelt!

Wir haben Politik im Sinne der Menschen gestaltet!

Auf diese Erfolge können wir stolz sein.

Es zeigt, wie wichtig starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften in diesem Land sind.

Kolleginnen und Kollegen,

Was haben wir erreicht?

70 % der von der IG Metall betreuten Betriebe haben im Jahr 2009 das Instrument Kurzarbeit zu Beschäftigungssicherung genutzt.

800.000 Beschäftigte haben tariflich oder betrieblich vereinbarte Aufstockungen zum Kurzarbeitergeld erhalten.

555.000 Beschäftigte sind zurzeit durch Beschäftigungssicherungsvereinbarungen vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt.

Auch hier in der Region Ingolstadt ist es gelungen, mit starken Betriebsräten und Vertrauensleuten Beschäftigung zu sichern.

Fast in jedem größeren Metall-Betrieb gibt es beschäftigungssichernde Ergänzungstarifverträge.

Hier wurde bewiesen, dass funktionierende Mitbestimmung im Betrieb die Basis für ökonomisch und sozial vernünftige Unternehmensentscheidungen ist.

So konnten bisher Massenentlassungen verhindert werden.

Die Menschen wissen das zu schätzen.

Das können wir nach den ersten Ergebnissen der Betriebsratswahlen schon heute feststellen:

Bis jetzt konnte die IG Metall ihren Anteil an den BR Mitgliedern von 73 Prozent auf 80 Prozent erhöhen.

80,7 Prozent stimmen für die IG Metall, das ist selbst für bayrische Verhältnisse ein außergewöhnliches Ergebnis.

Damit liegen wir knapp 40 Prozent über dem letzten Umfrageergebnis der CSU!

Ich finde, dass kann sich sehen lassen!

Auf diese Bestätigung unserer guten Arbeit sind wir stolz, Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden uns darauf nicht ausruhen.

Nicht in den Betrieben – nicht in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Denn die Wirtschaftskrise ist noch längst nicht vorbei!

Es gibt keinen Grund zur Entwarnung!

Auch wenn wir in den letzten Wochen eine leichte wirtschaftliche Erholung verspüren.

Das DIW prognostiziert erst ab 2012 ein Wiedererreichen des Vorkrisenniveaus.

Die OECD erwartet, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland tendenziell steigt.

Entwarnung und Hände-in-den-Schoß-Legen sind also nicht angesagt.

Darum werden wir uns in den nächsten Monaten weiterhin gesellschaftspolitisch einmischen.

Es müssen endlich die notwendigen Lehren aus der Krise gezogen werden.

Die gewaltigen Risiken, die von unregulierten Finanzmärkten ausgehen, sind nicht gebändigt.

An den Finanzmärkten wird weiter gezockt, was das Zeug hält.

Jetzt wird – wie im Fall Griechenland – auf den Bankrott ganzer Länder gewettet.

Und gleichzeitig können sich die Finanzminister und Notenbankchefs der G20 nicht auf eine Lösung zur Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenlasten verständigen.

Das ist doch nur noch erbärmlich!

Da wird die Herrschaft der Finanzmärkte über alles gestellt!

Über die Interessen der Menschen!

Über eine nachhaltige Ökonomie!

Über die Demokratie!

Damit muss endlich Schluss sein!

Die, die die Krise verursacht haben, und wie die Banken wieder Milliarden verdienen, müssen für die Kosten ihrer Raffgier finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir versuchen unser Bestes, damit die Beschäftigten nicht unter dem Versagen der Politik leiden!

Deswegen ist die Frage eines alternativen Entwicklungspfad in Wirtschaft und Gesellschaft für uns eine ganz zentrale Frage.

Das gilt für die internationale Ebene!

Das gilt aber auch für Deutschland!

Wenn ich mir da die aktuelle Politik anschau, dann fällt mir nichts mehr ein:

Es gibt eine ganze Menge Entwicklungen, für die sich die verantwortlichen Politiker schämen sollten.

Die Bundesregierung plant den Wiedereinstieg in die Atomenergie.

Gleichzeitig soll die Solarförderung drastisch gekürzt werden.

Die Demonstrationen am letzten Wochenende haben gezeigt:

Die Menschen in Deutschland wissen:

Diese Energiepolitik spielt mit der Sicherheit der Menschen.

Diese Energiepolitik ist ein Kniefall vor den mächtigen Atomkonzernen!

Außerdem:

Diese Pläne legen die Axt an eine innovative Zukunftsbranche – die Branche der erneuerbaren Energien.

Tausende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr.

Wir wollen eine Energiepolitik, die auf erneuerbare Energien setzt und nicht die Atomlobby unterstützt und die Stromkonzerne noch reicher macht, als sie ohnehin schon sind.

Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen einen starken, handlungsfähigen Staat.

Je klarer dies im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise geworden ist, desto lauter hat die FDP nach Steuersenkungen geschrien.

Ich will mich jetzt nicht an dem Streit beteiligen, ob die FDP nun 16 oder 38 Milliarden verschenken will.

Die ganze Richtung ist falsch.

Wir haben zu wenige Kindergärten!

Die Schulen und Hochschulen verrotten!

Die Strassen haben mehr Schlaglöcher als es Fettnäpfchen gibt, in die Westerwelle in den letzten Monaten getreten ist.

Das Gleiche gilt für die Löcher in den Kassen der Kommunen.

Hier muss das Geld hin!

Nicht in die Geldbeutel der Besserverdienenden!

Denn darauf läuft das Modell der FDP hinaus.

Für uns bleibt es dabei:

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache!

Kolleginnen und Kollegen,

die Politik muss sich an den Interessen der Menschen orientieren.

Das gilt besonders für die junge Generation!

Politik und Wirtschaft haben hier in den letzten Jahren völlig versagt:

Sie haben alles dafür getan, die Zukunftsaussicht der Jugend immer weiter zu verschlechtern.

Bildung, Ausbildung, ein sicherer Job, ein gutes Leben - seit Jahren stehen die Hoffnungen einer ganzen Generation auf der Streichliste neoliberaler Politik und Wirtschaft.

Gebrochene Berufseinstiege!

Prekäre Beschäftigung!

Fehlende Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Darauf lassen sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen.

Wenn Praktika, Leiharbeit, Befristete Jobs nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind, ist das unverantwortlich.

Wenn Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt und nicht vom Potenzial der jungen Menschen, ist das ein Skandal

Wir Gewerkschaften akzeptieren nicht, dass die junge Generation weiter in die Perspektivlosigkeit rutscht.

Deshalb sagen wir:

Es ist höchste Zeit zu handeln!

Wir brauchen eine Regulierung des Arbeitsmarktes.

Das heißt:

Mehr Sicherheit und weniger Armut durch reguläre Jobs.

Das heißt:

Schluss mit der „Generation Befristung“

Wenn der Anteil der befristet Beschäftigten bei den unter 30 Jährigen bei 42 Prozent liegt, ist das unsäglich.

Gerade die Krise macht die Dramatik dieser Situation deutlich:

Viele Arbeitgeber lassen diese Verträge einfach auslaufen.

Gerade für junge Menschen bedeutet das dann oft: Hartz IV

Wir fordern daher:

Befristete müssen in unbefristete und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Reguläre Jobs müssen wieder das Leitbild einer zivilisierten Gesellschaft werden.

Regulierung des Arbeitsmarktes heißt auch:

Schluss mit „Generation Praktikum“

Jeder fünfte junge Mensch macht die Erfahrung von Praktika oder Kettenpraktika nach der Ausbildung.

Praktikantinnen und Praktikanten werden als billige Arbeitskräfte missbraucht.

Darum:

Ausbeutung durch Praktika muss beendet werden!

Kolleginnen und Kollegen,

wenn man es ernst meint mit der jungen Generation, dann muss es auch heißen:

Schluss mit der Generation Leiharbeit!

Denn gerade die junge Generation ist überproportional von Leiharbeit betroffen.

Wenn sich nichts ändert, wird das in Zukunft noch zunehmen!

Denn die Arbeitgeber wollen mit der Leiharbeit weiter machen wie bisher.

Sie wollen eine billige Reservearmee, die sie auch schnell wieder loswerden können.

So rechnet die Branche selbst damit, dass nach der Krise 2,5 Millionen Leiharbeiter nicht unwahrscheinlich seien.

Zurzeit sind es etwa 670.000.

Das heißt:

Millionen gesicherte Arbeitsplätze wechseln in die Leiharbeit.

Die Erwerbsstrukturen würden dramatisch verändert:

Weniger Schutz!

Ein höheres Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren!

Schlechtere Bedingungen und Bezahlung.

Dieser Billig-Macherei von Arbeit muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir bleiben dabei:

Die beste Leiharbeit ist die, die nicht stattfindet!

Und wenn sie nicht zu verhindern ist, muss sie endlich reguliert werden.

Wir werden das Thema Leiharbeit weiterhin in die politische Arena tragen.

Und wir werden weiterhin betriebspolitisch handeln.

Ungeschützte prekäre Arbeit kann kein Leitbild für unsere Gesellschaft sein.

Wir wollen keine Beschäftigten erster und zweiter Klasse!

Kolleginnen und Kollegen,

darum fordern wir von der Politik die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie Leiharbeit

Sie geht beim Schutz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern weit über die nationalen Regelungen in Deutschland hinaus.

Ich will nur zwei Beispiele nennen:

Leiharbeit muss zeitlich begrenzt werden.

Nach EU-Recht ist Leiharbeit nur ein Instrument zur Deckung eines vorübergehenden Personalbedarfs.

Außerdem fordert die Richtlinie die Gleichbehandlung gegenüber Festangestellten.

Dazu gehört zu allererst:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Aber auch der Zugang zu Weiterbildungsangeboten, die Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen, Essenszuschüsse, Kinderbetreuung etc.

Kolleginnen und Kollegen,

um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, startet die IG Metall heute eine gesellschaftspolitische „Initiative Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“.

Die gesellschaftliche Stimmung gegen Lohndrückerei, schlechte Arbeitsbedingungen und Spaltung der Belegschaften ist reif!

Wir müssen das jetzt vorantreiben!
Alle zusammen richtig aufdrehen!

Wir haben jetzt die Chance, etwas zu verbessern!

Wenn wir uns gemeinsam da reinhängen, werden wir bei der Leiharbeit etwas bewegen!

Lasst uns das anpacken!

Und lasst uns auch weiterhin klar sagen, was wir von der Rente mit 67 halten!

Länger arbeiten bei höheren Belastungen und gleichzeitig fehlen Job für die jungen Menschen!

Rentenkürzungen für die, die nicht bis 67 durchhalten!
Das alles ist Irrsinn!

Alle, die die betriebliche Praxis kennen, wissen das!

Deshalb gibt es nur eine Antwort.

Die Rente mit 67 gehört weg!

Kolleginnen und Kollegen,

Wir gehen vor!

In einer starken Gewerkschaft!

In einem starken DGB!

Je mehr wir sind, desto besser wird es uns gelingen, die Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren!

Je mehr wir sind, desto eher wird sich in diesem Land etwas bewegen!

In Richtung guter Arbeit, gerechter Löhne und eines starken Sozialstaates!

Das haben wir seit Beginn der Krise tausendfach gezeigt!

Ich finde, wir haben gute Argumente, um all unsere Kolleginnen und Kollegen selbstbewusst auf eine Mitgliedschaft anzusprechen!

Darum bitte ich euch:

Geht zu euren Kolleginnen und Kollegen und sagt ihnen:

Gute Arbeit, gerechte Löhne, einen starken Sozialstaat bekommst du nur mit uns!

Lass uns gemeinsam nach vorne gehen!

Mach bei uns mit!

In diesem Sinne:

Euch und euren Familien einen schönen 1. Mai!

Und: Glück auf – so sagen wir in NRW!